

# Die Botschaft.

Die Botschaft des Präsidenten ist dem Kongress zugeföhrt worden und enthält folgende Hauptpunkte:

Sowohl in der äußeren als auch in der inneren Politik hat das Land bemerkenswerte Erfolge während des vergangenen Jahres zu verzeichnen. Wie im Privatleben sind auch im Leben einer Nation die Dinge des Haushalts die wichtigsten; wir dürfen uns darum besonders zu dem beglückwünschen, was wir in Sachen der Aufsicht über die großen Korporationen und die im zwischenstaatlichen Handel engagierten Kombinationen von Korporationen erreicht haben. Der Kongress hat das Handels- und Arbeitsdepartement geschaffen, wovon das Korporationsbureau ein Teil ist; dieses hat zum ersten Mal das Recht, diejenige Publizität über die Vorgänge in den großen Korporationen zu sichern, die das Publikum zu kennen berechtigt ist. Die Durchführung von Prozessen zur Aufrechterhaltung des Bundes-Antitrustgesetzes wurde vorgegeben und ein anderes Gesetz sichert allen Produzenten gleiche Behandlung in der Beförderung ihrer Waare: ein entscheidender Schritt zu wirksamer Arbeit der zwischenstaatlichen Handelskommission.

**Korporationenbureau.**  
Die vorbereitende Arbeit des Korporationenbureaus hat seine Existenzberechtigung bereits dargetan. Die geschaffene Publizität wird mit der Unwissenheit aufträmen und wird Tatsachen liefern, an deren Hand eine vernünftige Aktion möglich ist. Die öffentlich organisierte Korporation hat nichts von der Aufsicht zu befürchten. Dieses Bureau will nicht das legitime Geschäftsführer, sondern es will helfen, eine bessere industrielle Lage zu schaffen, in welcher dem Gesetze Gehorsam geleistet und Rücksicht auf die Allgemeinheit von allen Korporationen, ob groß oder klein, als nötig anerkannt wird. Das Handels- und Arbeitsdepartement wird nicht nur das Clearinghouse für Informationen der Geschäftstransaktionen der Nation sein, sondern es wird auch die Regierung fördern in der Kräftigung unserer einheimischen und auswärtigen Märkte, in der Verbesserung unserer Transportkapazitäten, im Ausbau unserer Handelsmarine, in der Verhinderung nicht wünschenswerter Einwanderung, in der Verbesserung unserer kommerziellen und gewerblichen Bedingungen und in der Annäherung jener beiden notwendigen industriellen Partner, des Kapitals und der Arbeit, auf gemeinsame Basis.

**Kapital und Arbeit.**  
Es ist die feste Politik der Bundesregierung, nach Kräften der Gewissenhaftigkeit zu steuern, bei Arbeitsgeber wie bei Arbeitnehmer; aber sie weigert sich, individuelle Initiative zu schwächen oder die industrielle Entwicklung des Landes zu hemmen. Wir leben in einer Ära der Verbündung, in welcher große kapitalistische Korporationen und Arbeiter-Unions in allen Industriezentren zu gewaltigen Faktoren angewachsen sind. Aufrichtige Anerkennung wird der weitreichenden wohlthätigen Arbeit zu Theil, die von den Korporationen sowohl als von den Unions vollbracht wurde. Die Grenzlinie, die zwischen den verschiedenen Korporationen und den verschiedenen Unions gezogen wird, ist die gleiche, die zwischen verschiedenen Individuen gezogen wird; es ist eine Linie der Führung; beide, organisiertes Kapital und organisierte Arbeit, erfahren die gleiche Behandlung; verlangt wird nur, daß das Einzelinteresse mit dem Interesse der Allgemeinheit in Einklang gebracht, und daß die Führung eines jeden sich den Grundregeln des Gehorsams gegen das Gesetz, der individuellen Freiheit, der Gerechtigkeit und der Willigkeit gegen Alle anpasse. Wo immer die Bundesregierung Jurisdiktion hat, wird sie zur Einstellung von Mißständen schreiten, gegen Korporationen, Unions oder Individuen, ohne die geringste Rücksicht auf die Stellung oder die Macht der Korporation, der Union oder des Individuums; aber nur in dem einen Punkt, wo es sich nämlich darum handelt, ob die Führung des Individuums oder des Aggregats von Individuen in Übereinstimmung mit dem Landesgesetz ist.

**Einnahmen u. Ausgaben.**  
Von allen Quellen, mit Ausnahme des Postdienstes, betragen die Einnahmen der Bundesregierung im vorjährigen Fiskaljahre \$560,396,674; die Ausgaben beliefen sich in derselben Periode auf \$506,099,007. Anzeichen deuten darauf hin, daß der Ueberschuß im gegenwärtigen Fiskaljahre ein sehr kleiner sein wird, wenn überhaupt ein solcher zum Vorschein kommt. Vom Juli bis November waren die Einnahmen aus den Zöllen annähernd um \$9,000,000 geringer, als in der gleichen Zeit des Vorjahres. Sollte die Abnahme der Zolleinnahmen in dem bisherigen Maße durch das ganze Fiskaljahr andauern, so wird sich der Ueberschuß um circa \$20,000,000 verringern. Sollte noch eine viel größere Verringerung der Zolleinnahmen eintreten, so wird der Ueberschuß verschwinden. Ein großer Ueberschuß ist sicherlich nicht wünschenswert. Vor zwei Jahren wurden die Kriegsteuern mit der bestimmten Absicht aufgehoben, die Regierungseinnahmen und Ausgaben auf ein gleiches Niveau zu bringen;

nichtsdestoweniger ergab sich im ersten Jahre nach der Verfügung jener Steuerentlastung ein Ueberschuß; jetzt scheint es, als ob eine wirkliche Gleichheit im Einnahme- und Ausgabeetat entstehe. Im Hinblick auf diese Tatsache ist es angebracht, bei Bewilligungen Sorgfalt und Sparsamkeit beobachten zu lassen und irgend einen Wechsel in unserem fiskalischen Revenue-System einer scharfen Prüfung zu unterziehen. Die Notwendigkeit strikter Sparsamkeit in unseren Ausgaben erhält noch Gewicht durch die Tatsache, daß wir nicht kargen dürfen, wenn es sich um Bewilligungen um unsere nationale Wohlfahrt handelt.

**Unser Finanzsystem.**  
Die Integrität unserer Umlaufsmittel ist außer Frage und unter den gegenwärtigen Umständen wäre es unnötig und unweise, eine Restriktion unseres Münzsystems zu veranlassen. Dem Schatzamtssekretär sollte es überlassen sein, die Einnahmen aus den Zöllen in derselben Weise zu disponieren, wie die Einnahmen aus anderen Quellen. Der Präsident lenkt im Uebrigen die Aufmerksamkeit des Kongresses neuerdings auf seine in dieser Richtung in der Botschaft vom Vorjahre gemachten Empfehlungen.

**Handelsmarine.**  
Eine Mehrheit unseres Volkes wünscht, daß Schritte im Interesse der amerikanischen Schifffahrt getan werden, um unsere frühere Position unter den seefahrenden Handelsvölkern zurückzugewinnen. Leider differieren die Meinungen über die Mittel zur Herbeiführung dieses Endzweckes so sehr, daß es unmöglich erscheint, hierfür ein bestimmtes Schema aufzustellen. Der Präsident empfiehlt, der Kongress möge eine Kommission, bestehend aus dem Marine-Sekretär, dem Generalpostmeister und dem Handels-Sekretär und einer bestimmten Anzahl von Mitgliedern des Senats und des Repräsentantenhauses, beauftragen, in der nächsten Kongresssession nach reiflicher Beratung Vorschläge zu erlassen, durch welche gesetzliche Maßnahmen eine Stärkung der amerikanischen Handelsmarine und unseres Handels im Allgemeinen und die Einrichtung eines nationalen Ozean-Postdienstes auf hiesig geeigneten Hilfskreuzern und Schiffen der Marineerzese herbeiführbar. Letztere Maßnahme erscheint besonders dringend im Hinblick auf den Ablauf unseres Kontraktes zur Beförderung der transatlantischen Post mit der „American Line“ im Jahre 1905. Die Einrichtung neuer Schifffahrtsverbindungen zur Beförderung von Fracht nach Südamerika, Asien und anderen Ländern läge sehr im Interesse des gesammelten amerikanischen Handels.

**Einwanderung.**  
Während wir Einwanderer von der guten Sorte gar nicht genug erhalten können, müssen wir andererseits die nicht wünschenswerte Immigration mit allen Mitteln zu beschränken suchen. Es erscheint daher die Schaffung eines bestimmten Systems nötig, das die schlechtesten Elemente unser Land vollständig verschließt, während es wünschenswerten Immigranten die Einwanderung ohne unnütze Scheiterer ermöglicht. Zur Zeit sind einzelne Distrikte, die Einwanderer nötig hätten, ohne solchen Bevölkerungszuwachs, während andere Gebiete von Immigranten in einer Zahl überschritten werden, daß die Lebensbedingungen der bereits ansässigen Bevölkerung darunter leiden. In den letzten zwei Jahren wurde der Einwanderungsdienst im Hafen von New York wesentlich verbessert und die früher dort herrschende Korruption und Unfähigkeit wurde ausgerottet. Der dortige Einwanderungsdienst wurde vor Kurzem von einem aus repräsentativen Bürgern bestehenden Komitee untersucht und dessen Empfehlungen zur weiteren Verbesserung des Dienstes in administrativer und legislativer Hinsicht hat der Handels-Sekretär zur Zeit unter Erwägung.

**Naturalisations-Verträge.**  
Die unter Leitung des Generalanwalts eingeleitete Untersuchung über vorgeworfene Fälschungen von Naturalisationspapieren enthüllt Zustände, welche die besondere Aufmerksamkeit des Kongresses auf sich lenken sollten. Im ganzen Lande sind in dieser Beziehung Fälschungen und Betrügereien ganz schamlosen Charakters vorgekommen und es ist außer Zweifel, daß sich zahlreiche Individuen des Titels und der Vorrechte eines amerikanischen Bürgers erfreuen, die darauf nicht den leisesten Anspruch haben. Es darf nicht vergessen werden, daß, wie die Supreme Court der Ver. Staaten sich leithin ausdrückte, der Bürgerstitel ein unschätzbares Gut bildet, ob er nun durch Geburt oder durch Naturalisation erworben wurde. Wir vergessen die reinen Quellen unseres nationalen Charakters und unserer Stärke, wenn diese Privilegium unrechtmäßig, durch Fälschungen und korrupte Mittel erlangt werden kann.

**Ausdehnung der Bewilligungen für den Generalanwalt.**  
Der Präsident bezieht sich auf seine Empfehlungen in der letzten Jahresbotschaft, um eine strengere Durchführung des Anti-Trust-Gesetzes gegen der Definitivität gefährlicher Kapitalkombinationen zu ermöglichen. Zu diesem Zweck bewilligte der Kongress eine Summe von \$500,000, welche unter Aufsicht des Generalanwalts zur Ver-

folgung von Uebertretungen der Anti-Trust- und zwischenstaatlichen Handelsgesetze verwendet werden sollte. Der Präsident empfiehlt nun als eine Angelegenheit von höchster Bedeutung, eine Ausdehnung des Zweckes dieser Bewilligung, um es dem Generalanwalt zu ermöglichen, die Summe, wenn nötig, zur Verfolgung und Ueberführung von Gesetzesübertretern im Allgemeinen, ganz besonders aber zur Untersuchung der Betrügereien beim Verkaufe öffentlicher Ländereien, den Schwindelern mit Naturalisationspapieren und den im Postdienste vorgekommenen Skandalen zu verwenden. Kürzlich angefallene Untersuchungen haben auf diesen Gebieten einen trostlosen Zustand offenbart. Tausende Ader von öffentlichen Ländereien wurden auf unethischem Wege erworben. Diese, dem Volke der Ver. Staaten gestohlenen Ländereien müssen wiedererlangt und die Betrüger ihrer Strafe zugeführt werden. Ebenso wurden im Postdienste Betrügereien der schlimmsten Art ausgeübt, die im höchsten Grade geeignet erscheinen, das öffentliche Interesse zu gefährden. Um eine durchgreifende Untersuchung in allen Theilen des Landes und die rücksichtslose Verfolgung aller Uebelthäter zu ermöglichen, erscheint es dringend geboten, die Benützung der angeführten vorjährigen Bewilligung für diese Zwecke auszubehnen.

**Auslieferungsvertrag.**  
Vom Staats-Departement sind Schritte unternommen worden, Bestechungen den Verbrechen anzureißen, deren Urheber von fremden Staaten ausgeliefert werden. Das Bedürfnis wirksamer, dieses Verbrechen bedenkender Verträge ist offenbar. Die Bestechungen und Untersuchungen von Beamtenkorruption in St. Louis, Mo., und anderen Städten und Staaten haben eine Anzahl von nach dem Auslande geflüchteten Gebern und Empfängern von Bestechungen ermittelt. Bestechungen waren bisher in den Auslieferungsverträgen nicht eingeschlossen, da eine Notwendigkeit hierfür nicht vorlag.

**Die Alaskagrenze.**  
Nach den verglichenen Versuchen, durch die Vereinigte Hochkommission ein Einverständnis hinsichtlich der Regelung der Alaskagrenze zu erzielen, wurde nach längerem, von freundschaftlichem Geiste befehlten Verhandlungen am 24. Januar 1903 von den Ver. Staaten und Großbritannien ein Abkommen unterzeichnet, das eine Prüfung des Gegenstandes durch ein gemeinsames Tribunal von sechs Vertretern, drei von der Union und drei von Großbritannien, mit dem Zwecke der endlichen Erledigung der Streitfrage vorsah. Die Ratifikationen des Uebereinkommens wurden am 3. März gegenseitig ausgetauscht, worauf die beiderseitigen Regierungen ihre Repräsentanten für das Tribunal ernannten. Letzteres trat am 3. September unter dem Vorsitz Lord Alverstones in London zusammen. Am 20. Oktober hatte die Majorität des Tribunals über alle die in den oben erwähnten Abkommen stipulierten Punkte ein Einverständnis erreicht und unterzeichnet. Durch den Schiedsspruch wird das Recht der Ver. Staaten zur Kontrolle eines ununterbrochenen Streifens der Küste des Hauptlandes mit allen von den Gezeiten berührten Wassereinschüngen und Küstenausbuchtungen bestätigt.

Der Präsident rekapituliert hier die Details des Imbroglios zwischen den europäischen Mächten und Venezuela und die Ueberweisung einzelner Punkte der Kontroverse an das Haager Schiedsgericht durch den Einfluß der Ver. Staaten. Er nennt dies einen Sieg der amerikanischen Diplomatie und einen Triumph für das Prinzip der internationalen Arbitration. Er empfiehlt ferner eine Ausdehnung des internationalen Gesetzes, um alles Privateigentum zur See vor Rauberei oder Zerstörung zu schützen. Im Anschluß daran macht der Präsident darauf aufmerksam, daß die interparlamentarische Union für internationale Arbitration zu ihrem nächsten Kongress im Jahre 1904 in St. Louis zusammentritt.

**Beziehungen zur Türkei.**  
Anfangs Juli empfing der Präsident die glückliche Nachricht der Witzlosigkeit der Ver. Staaten in Beirut. Der Präsident beorderte telegraphisch ein kleines Geschwader nach diesem Hafen, um dort solche Dienste zu leisten, die sich nach der Ankunft als notwendig erweisen sollten. Wenn auch der Anschlag auf das Leben des Vizetonsuls erfolglos war, so erforderten doch die durch die That aufgedeckten Zustände der Unruhe und des Aufruhrs sofortige Beachtung. Das Erscheinen unserer Kriegsschiffe vor Beirut war von glücklicher Wirkung. Ein Gefühl der Sicherheit griff Platz und unsere Offiziere wurden von den fremden Konjulen und den leitenden Kaufleuten mit Freude begrüßt. Das Ministerium des Sultans schenkte bereitwillig den Vorkstellungen unseres Gesandten Gehör und unseres Anerkennen wurde in befriedigender Weise erledigt. Unsere Beziehungen zur Türkei bleiben nach wie vor freundschaftlich und unsere Ansprüche, die auf ungerechter Behandlung einiger unserer Schulen und Missionsanstalten basieren, dürften in ruhiger Weise ausgeglichen werden.

**Beziehungen zu China.**  
Die Unterzeichnung des neuen Handelsvertrags mit China in Shanghai am 8. Oktober gibt uns gleichfalls Grund zur Zufriedenheit. Dieser Akt,

das Resultat langwieriger Unterhandlungen und Diskussionen, bringt unsere kommerziellen Beziehungen zu dem großen orientalischen Kaiserreich auf eine weitaus günstiger Basis, als dies jemals vorher der Fall war. Er garantiert nicht nur die gebräuchlichen Rechte und Privilegien unserer diplomatischen Vertreter und Konsuln, sondern sichert uns auch eine bedeutende Ausdehnung unseres Handels durch erweiterte Frachtilitäten des Zugangs zu chinesischen Häfen und berechtigt gleichzeitig einige bedeutende Hindernisse, mit denen unser Handel in China bisher zu kämpfen hatte.

**Ausstellungen.**  
Der Präsident gibt der Hoffnung Ausdruck, daß der Kongress fortfahren werde, die St. Louiser Weltausstellung mit allen Kräften zu fördern. Die Ausstellung wird bekanntlich zur Erinnerung an den Anlauf des Louisiana-Gebiets veranstaltet, welcher der erste Schritt auf dem Wege der Expansionspolitik war und unser Land zu einer kontinentalen Nation machte. Die Expedition von Lewis und Clark über den Kontinent folgte und bezeichnete den Beginn des Prozesses der Erforschung und Kolonisierung, wodurch unsere Grenzen gegen den pazifischen Ozean hin vorgebracht wurden. Die Erwerbung des Oregon-Landes, das die heutigen Staaten Oregon und Washington umfaßt, war von größter Bedeutung für unsere Geschichte. Sie gab uns unseren Platz an der Küste des Stillen Ozeans und machte uns den Weg frei, um unseren Einfluß in dem Handel des größten Meeres zu gewinnen. Das 100jährige Jubiläum unserer Etablierung an der Westküste des nordamerikanischen Kontinents durch die Expedition von Lewis und Clark wird im Sommer 1905 durch eine Ausstellung in Portland, Ore., gefeiert werden. Der Präsident empfiehlt dieses Unternehmen dem Kongresse zur Beachtung und Unterstützung.

**Fortschritt Alaskas.**  
Besondere Aufmerksamkeit lenkt der Präsident auf das Territorium von Alaska. Dieses Gebiet entwickelt sich ungemein rasch und hat eine gesicherte Zukunft. Der Mineralreichtum ist groß und seine Ausbeutung wurde bisher kaum in Angriff genommen. Die Fischerei, sofern sie vernünftig und unter nationaler Kontrolle gehandhabt wird, bildet ein permanentes Geschäft und ist für die Bevölkerung von höchster Bedeutung. Die Forsten, nach richtigen Prinzipien verwaltet, werden eine andere Quelle des Wohlstandes bilden. Auch für Landwirtschaft und Viehzucht eignen sich einzelne Theile des Territoriums, wenn auch diese Betriebe besondere Konditionen dieses Landes angepaßt werden müssen. Strenge Wobengesetze sollten erlassen und mit der Vermeidung der öffentlichen Ländereien sollte sofort begonnen werden. Für die Kohlenländerien sollten eigene Gesetze erlassen werden, damit diejenigen, welche sich dort festsetzen wollen, Platz und Gerechtigkeit unter ähnlichen Bedingungen erwerben können, wie solche für die Heimstätten und Mineralländerien vorgeschrieben sind. Leuchtthürme sollten unter Unbestimmtheit etabliert werden. Das Kabel sollte von Sitka aus gegen Westen hin verlängert werden. Ferner sollten Straßen und Wege gebaut und die Errichtung von Eisenbahnen mit allen legitimen Mitteln gefördert werden. Ebenso ist die Errichtung von Leuchtthürmen der Küste entlang als empfehlenswert. Den Bedürfnissen der Indianer in Alaska sollte alle Aufmerksamkeit gewidmet werden. Es würde sich empfehlen, einen Beamten mit mehreren Untergebenen nach Alaska zu senden, um die Wünsche und Bedürfnisse der indianischen Bevölkerung kennen zu lernen und ihr beihilflich zu sein, sich in die veränderten Verhältnisse zu finden.

**Hawaii.**  
Der Präsident empfiehlt eine Bewilligung, um Leuchtthürme in Honolulu zu erbauen und die bereits bestehenden Leuchtthürme in Besitz zu nehmen. Alle Ausgaben, die diesem Territorium aus der Errichtung von Leuchtthürmen bisher erwachsen, sollten vergütet werden. Der Gouverneur sollte ermächtigt werden, irgend einen, von ihm ernannten Beamten dem Dienste zu suspendieren oder zu entlassen, ohne die Sache vorerst der Legislatur unterbreiten zu müssen.

**Philippinen und Porto Rico.**  
Hinsichtlich unserer insularen Besitzungen, der Philippinen und Porto Rico, ist ein erfreulich stetiger Fortschritt zu konstatieren, so daß es unnötig erscheint, viel Zeit auf die Diskutierung dieses Gegenstandes zu verwenden. Der Kongress sollte jedoch stets bei auf uns ruhenden besonderen Verpflichtungen eingedenk sein, die Wohlfahrt jener Gemeinwesen in jeder Weise zu fördern. Die Philippinen sollten uns durch Tarif-Verhandlungen enger verbunden werden. Es würde natürlich unmöglich sein, die Bewohner jener Inseln plötzlich auf die Höhe der industriellen Prosperität und Regierungsbrauchbarkeit zu heben, zu der sie Schritt für Schritt gelangen werden. Die bei der Förderung der Inselbewohner beobachtete Vorsicht und Mäßigkeit waren eine der Hauptursachen dafür, daß diese Entwicklung aber so glatt verlaufen ist. Außerste Sorgfalt ist bei der Wahl der Regierungsbeamten auf den Inseln gewährt, und die Parteipolitik ist vollständig eliminiert worden. Die Verhältnisse der

Inselbewohner in materieller Hinsicht sind besser als je zuvor, während ihre Fortschritte in Bezug auf Regierungsbrauchbarkeit, intellektuelle Bildung und Moralität gleichen Schritt mit ihrem finanziellen Vorwärtkommen gehalten hat.

**Erhaltung der Wälder.**  
Die Verbesserung der Trockenländerien im Westen schreitet unter den Gesetzbestimmungen, welche den Erlös aus verkauften öffentlichen Land bei Seite stellen, stetig und in befriedigender Weise fort. Das Studium benützter Gelegenheiten zur Verbesserung von Land in der ausgedehnten trockenen Zone, sei sie nun von Individuen, Korporationen oder dem Staate vorgenommen worden, zeigt, daß die Quellen zur Wasserlieferung wirksam geschützt und die Reservoirs durch Erhaltung der Wälder an der Quelle oder dem Oberlauf der Flüsse sorgsam behütet werden müssen. Die Notwendigkeit der Fortdauer unserer Waldquellen, seien diese nun in öffentlichem oder privatem Besitz, wird jetzt in einem Maße anerkannt, wie nie zuvor.

Die Staaten, in welchen Baumwolle angebaut wird, sind in neuerer Zeit von einem Baumwoll-Weebil heimgegriffen worden, welcher großen Schaden anrichtet hat und die ganze Baumwoll-Industrie bedroht. Dem Kongresse wird deshalb die Suggestion gemacht, folche dem Uebel abhelfende Gesetzgebung zu inaugurierten, wie es sein Urtheil für gerecht befindet.

Keine andere Klasse unserer Bürger hat sich solche Verdienste erworben, wie diejenige, die die Nation ihren eigenen Bestand verdankt, die Veteranen des Bürgerkrieges. Spezielle Aufmerksamkeit wird daher für die ausgezeichnete Arbeit des Pensionsbureaus in der Aufzählung und Erledigung von Pensionsansprüchen erbeten. Während des am 1. Juli 1903 geendeten Fiskaljahres hat das Bureau 251,982 Ansprüche erledigt oder durchschnittlich 825 an jedem Tage. Die Zahl der täglichen Anspruchsentscheidungen seit dem 1. Juli 1903 hat diejenige des Vorjahres noch überlegen; sie belief sich auf nahezu 1000. Es wird angenommen, daß die Arbeiten des Bureaus am Ende des jetzigen Fiskaljahres die regelmäßigen sein werden.

**Civilien-Regeln.**  
In dem am 30. Juni zu Ende gegangenen Jahre wurden 25,566 Personen infolge von Wettbewerbs-Prüfungen, die sie unter den Regeln des Civilien-Gesetzes ablegten, angestellt. Es waren dies 12,672 Personen mehr als im Vorjahre und 40 Prozent derjenigen, welche die Prüfungen bestanden. Diese bedeutende Zunahme hatte zum großen Theile ihren Grund in der Ausdehnung der Klassifikation auf den freien Postbeförderungsdienst in den Landdistrikten und der Einstellung von über 9000 Landbriefträgern. Am 15. April 1903 traten revidirte Civilien-Regulationen in Kraft, und diese haben das System wesentlich verbessert.

**Armee und Marine.**  
Die Wirkung der Gesetze, durch die ein Generalstab in's Leben gerufen und die Unvermeidlichkeit der Nationalgarde erhöht wurde, ist eine ausgezeichnete gewesen. Die Wirksamkeit und Leistungsfähigkeit unserer Arme ist in den letzten Jahren sehr gesteigert worden. Die Schulen zu Fort Leavenworth, Fort Riley und anderen Orten, sowie die eingeführten Herbstmanöver haben hochbefriedigende Resultate gezeigt. Die gute Wirkung dieser Manöver auf die Nationalgarde ist bezeichnend, und genügende Bewilligungen sollten gemacht werden, damit die Angehörigen der Nationalgarde in den verschiedenen Staaten Antheil an dem Nutzen erlangen, den die Manöver bieten. Die Regierung sollte sich sobald als möglich in den verschiedenen Theilen des Landes passendes Areal zur Errichtung permanenter Militärlager für Manöver sichern.

Von Herzen ist dem Kongresse zu dem stetigen Fortschritte im Aufbau der amerikanischen Marine zu gratulieren. Wir können in diesem großen Werke nicht nachlassen. Stillstand bedeutet Niedergang. In der Vermeidung der einzelnen Kampflieder unserer Flotte sollte keine Unterbrechung eintreten. Untermessen sorgen das Marine-Departement und die Marine-Offiziere für konstanten Seebienst, unter Bedingungen ähnlich denen des wirklichen Krieges. Unsere Marine-Offiziere und Mannschaften lernen die Führung und Handhabung von Schlachtschiffen, Kreuzern und Torpedobooten in Flotten- und Geschwaderverformungen, und der Standard der Trefflichkeit wird stetig erhöht. Die beste Arbeit an der Küste ist unerlässlich, aber die höchste Obliegenheit des Marine-Offiziers ist die Ausführung des Kommandos zur See. Die Etablierung eines Marine-Abmiralstabs ist in eminentester Weise wünschenswert.

**Der Isthmus-Kanal.**  
Durch den Akt vom 28. Juni 1902 autorisirte der Kongress den Präsidenten, wegen des Baues des Kanals durch den Isthmus von Panama mit Colombia in Verhandlung zu treten, unter der Bedingung, daß im Falle der Unmöglichkeit, eine Vereinbarung in absehbarer Zeit herbeizuführen, auf das Nicaragua-Projekt zurückzugehen wäre. Diese Alternative brauchte nicht in Erwägung gezogen zu werden, da der Präsident in der Lage ist, dem Senat einen Vertrag für den Bau des Kanals durch den Isthmus von Panama zu unter-

breiten. Es ist dies die Route, welche sich selbst dem bedächtigen Urtheile des Kongresses empfahl und wir können nun vertragsweise das Recht erwerben, den Kanal entlang dieser Route zu bauen. Die Frage ist also nicht mehr, welche Route für den Isthmus-Kanal gewählt werden soll, da dies bereits entschieden ist. Heute ist die Frage einfach, ob wir überhaupt einen Isthmus-Kanal haben sollen oder nicht.

Als der Kongress verfügte, daß wir zum Bau des Kanals die Panama-Route unter Zugrundelegung eines Vertrags mit Colombia wählen sollten, kam es selbstverständlich in der Hauptsache nicht auf die Regierung, welche diese Route kontrollirte, sondern auf die Route selber an, auf das Territorium, durch das die Route führt, nicht auf den Namen, den dieses Territorium für den Augenblick auf der Landkarte trägt. Der Zweck des Gesetzes war, den Präsidenten zu autorisieren, mit der Macht, welche die tatsächliche Kontrolle über den Isthmus von Panama hat, einen Vertrag abzuschließen. Dieser Zweck wurde erreicht.

**Verwerfung des Vertrags mit Colombia.**

Im letzten Frühjahr ratifizirte der Senat einen Vertrag zwischen den Repräsentanten von Colombia und unserer Regierung. Darin war von unserer Seite dem Volke und der Regierung von Colombia jede mögliche Konzession gemacht. Unsere Generosität ging so weit, daß wir uns fragen mußten, ob unter Entgegenkommen gegen den schwächeren Nachbar nicht schon zu groß war, um eine Schädigung unserer eigenen Interessen zu verhindern. Trotzdem republikirte die colombianische Regierung den Vertrag in einer Weise, die uns nicht die leiseste Hoffnung ließ, jemals zu einem befriedigenden Abkommen mit dem Kongress von Colombia zu kommen.

**Revolution in Panama.**

Die Bevölkerung Panamas war schon lange mit der Republik Colombia unzufrieden und war nur durch die Aussicht auf den Abschluß des Kanalvertrags, der für sie eine Lebensfrage bildete, in Ruhe gehalten worden. Als es offenbar wurde, daß der Vertrag hoffnungslos in die Brüche ging, erhob sich das Volk von Panama buchstäblich auf ein Mann. Kein Schutz wurde auf dem Isthmus im Interesse der colombianischen Regierung abgewehrt; kein Menschenleben ging beim Kollaps der Revolution verloren. Die auf dem Isthmus stationirten colombianischen Truppen, die seit Langem keinen Gehalt erhalten hatten, machten mit der Bevölkerung von Panama gemeinsame Sache und mit erstaunlicher Einigkeit wurde die neue Republik gegründet. Die Pflicht der Ver. Staaten unter dieser Voraussetzung war klar. In strikter Uebereinstimmung mit den durch die Sekretäre Cash und Seward niedergelegten Prinzipien gaben die Ver. Staaten kund, daß sie keine Expedition, deren Ankunft Chaos und Zerstörung entlang der Panama-Eisenbahn und dem geplanten Kanal bedeuten und eine Unterbrechung des Transits zur unvermeidlichen Folge haben würde, die Landung gestatten würden. Die de facto Regierung Panamas wurde anerkannt.

Es wäre Narrheit und Schwäche, ja ein Verbrechen gegen die Nation gewesen, hätten die Ver. Staaten unter solchen Umständen anders gehandelt. Dieses große Unternehmen der Erbauung eines interozeanischen Kanals kann nicht aufgehoben werden, um Launen zu respektieren, oder gar gouvernementale Impotenz oder gar höchlichere politische Eigenthümlichkeiten von Leuten, die aus weiter Ferne gegen den Wunsch der eigentlichen Bewohner des Isthmus, eine unrecelte Suprematie über das Gebiet beanspruchten. Der Besitz eines Gebiets wie des Isthmus bringt Verbindlichkeiten gegen die Menschheit mit sich. Der Gang der Ereignisse hat gezeigt, daß dieser Kanal nicht durch private Unternehmer oder eine andere Nation als die unsere gebaut werden kann; deshalb muß er von den Ver. Staaten gebaut werden.

**Neuer Vertrag mit Panama.**

Die Regierung der Ver. Staaten war mit allen Mitteln bestrebt, Colombia zu verbinden, einen Kurs einzuschlagen, der nicht nur für unsere Interessen und die der ganzen Welt, sondern für die Interessen Colombias selber gefährlich war. Diese Anstrengungen waren vergeblich und Colombia hat uns gezwungen, im Hinblick auf unsere nationale Ehre und unsere Wohlfahrt, wie im Interesse der Bewohner des Isthmus von Panama und der civilisirten Länder der Welt Schritte zu thun, um dieser unmöglichen Situation ein Ende zu machen. Die neue Republik von Panama erbot sich sofort, einen Vertrag mit uns abzuschließen. In demselben find unsere Interessen besser geschützt, als in dem Vertrage mit Colombia, den der Senat in seiner letzten Session ratifizirte. Er ist auch vortheilhafter, als die uns offerirten Verträge der Republik von Nicaragua und Costa Rica. Panama hat seinen Theil getan, um die Inangriffnahme des gewaltigen Werks zu ermöglichen. Es liegt nunmehr nur noch an dem amerikanischen Kongresse, das seine zu thun, und unsere Republik kann an die Ausführung eines Projektes gehen, riesenhaft in seiner Größe und von schier unberechenbaren Möglichkeiten für die Wohlfahrt dieses Landes und aller Nationen der Erde.